

18. Wahlperiode

### Änderungsantrag

der Fraktion der FDP  
zum Dringlichen Antrag der AfD-Fraktion, Drs 18/0601

#### **Missbilligung der Berufung von Dr. Andrej Holm als Berater in den „Begleitkreis“ der Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

#### **Keine Beratungstätigkeiten mehr für Dr. Andrej Holm für den Berliner Senat**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Regierende Bürgermeister wird aufgefordert, umgehend jegliche Beratungstätigkeiten von Dr. Andrej Holm im Begleitkreis zum Stadtentwicklungsplan Wohnen zu beenden und auch künftig keine Beratungsaufträge durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen an Herrn Holm zuzulassen.

Jegliche Vereinbarungen zu bestehenden und künftigen Beratungstätigkeiten sind seitens der Senatsverwaltung mit sofortiger Wirkung aufzukündigen. Der Senat hat zudem für eine inhaltliche Qualifizierung des Begleitkreises durch die Beteiligung privater Bauherren, Wohnungspolitischer Sprecher aller Fraktionen sowie aller städtischen Wohnungsbaugesellschaften zu sorgen. Eine Überrepräsentanz nicht bautätiger Akteure und Interessengruppen im Gremium ist zu korrigieren.

### **Begründung:**

Die Rückkehr des Sozialwissenschaftlers Dr. Andrej Holm in den Begleitkreis der Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Katrin Lompscher, stellt eine direkte Einflussnahme auf die Senatspolitik im Land Berlin dar. Der Regierende Bürgermeister als der Regierungschef des Landes Berlin soll seine Richtlinienkompetenz nutzen, um diese Einflussnahme zu unterbinden und auch künftig zu verhindern.

Bereits in der Vergangenheit hat sich der frühere Stasi-Mitarbeiter Dr. Andrej Holm, anstatt für eine konstruktive Wohnungsbaupolitik, für Enteignungen sowie reine klientelpolitische Ziele ausgesprochen, die nicht dem Wohle des Landes Berlin und der Gesamtbevölkerung dienen. Nicht zuletzt mit der Aussage er stehe „den Hausbesetzern näher als vielen privaten Investoren“ in seiner Rücktrittserklärung vom Januar 2017 hat Dr. Holm erkennen lassen, dass er konkrete Rechtsverletzungen als legitimes gesellschaftliches Mittel erachtet. Nicht zuletzt die fehlende Distanz zu den eigenen Fehlentscheidungen seiner Biografie, die zu dem Rücktritt als Staatssekretär geführt hatten, machen die Personalie für die Opfer des früheren Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) unerträglich und schaden dem Ansehen des Landes Berlin.

Mit der erneuten Installation von Dr. Andrej Holm in einem führenden Beratergremium unter Ausschluss privater Bauherren unterstreicht die Senatorin, welche ideologische Stoßrichtung sie im Bereich der Wohnungspolitik verfolgt. Zum Wohle der Stadt und aller Bürgerinnen und Bürger ist eine Qualifizierung des Gremiums dringend erforderlich, um realistische Zielsetzungen für den Stadtentwicklungsplan Wohnen 2030 zu definieren.

Berlin, 18. Oktober 2017

Czaja, Förster, Schmidt, Fresdorf  
und die weiteren Mitglieder  
der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin